

265956-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Rettungsdienste – Vergabe einer Dienstleistungskonzession für die Durchführung der Luftrettung im 24-Stunden-Betrieb mittels eines Dual-Use-Hubschraubers an der Luftrettungsstation in Westmecklenburg

OJ S 76/2026 20/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen - Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Mecklenburg-Vorpommern, vertr. d.d. das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport

E-Mail: poststelle@sm.mv-regierung.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Der Erwerber ist ein Auftraggeber

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe einer Dienstleistungskonzession für die Durchführung der Luftrettung im 24-Stunden-Betrieb mittels eines Dual-Use-Hubschraubers an der Luftrettungsstation in Westmecklenburg

Beschreibung: Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist Träger der Luftrettung . Nach Überplanung der Luftrettungsstandorte unter Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern ist südlich der Landeshauptstadt Schwerin in der Gemeinde Pampow (Landkreis Ludwigslust-Parchim) ein Luftrettungsstandort mit einem sog. Dual-Use-Hubschrauber (nachfolgend „RTH“) im 24-Stunden-Betrieb zu errichten. Nach erfolgreichem Vergabeverfahren soll dem erstplatzierten Luftfahrtunternehmen die Konzession für die Errichtung und den Betrieb des Luftrettungsstandortes erteilt werden. Der Konzessionsgeber beabsichtigt die Konzession für den RTH für 20 Jahre (Betriebszeit) zu erteilen. Der Konzessionsgeber behält sich ausdrücklich vor, im Einklang mit seiner gesetzlichen Sicherstellungspflicht gemäß § 18 Abs. 2 RDG M-V entsprechend der Bedarfsentwicklung auch während der genannten Laufzeit weitere Konzessionen /Genehmigungen für Rettungs- und oder Intensivtransporthubschrauber zu erteilen. Versorgungsgebiet des RTH ist primär der westliche Teil des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit den Landkreisen Ludwigslust-Parchim, Nordwestmecklenburg und der Stadt Schwerin.

Kennung des Verfahrens: 5c99e24c-27ea-472c-94f0-97d1d5fd0ea3

Interne Kennung: MV EU 9/2025

Verfahrensart: Sonstiges einstufiges Verfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Vergabe der Konzessionen erfolgt gemäß §§ 153, 151 GWB, § 12 Abs. 1 Satz 1 KonzVgV (freie Ausgestaltung des Verfahrens zur Vergabe von Konzessionen) angelehnt an einem offenen Verfahren. Folgende Vorschriften der VgV finden ergänzend Anwendung: §§ 15 Abs. 1 S. 2 VgV (offenes Verfahren), 48 VgV (Beleg der Eignung), 48 Abs. 7 VgV (Erläuterung erhaltener Unterlagen), 56 (Prüfung der Angebote, Nachfordern von Unterlagen), 57 VgV (Ausschluss von Angeboten). Soweit sich aus der

ergänzenden Anwendung einzelner Vorschriften der VgV Widersprüche zu Bestimmungen der KonzVgV bzw. Vorgaben in den Konzessionsvergabeunterlagen ergeben, tritt die jeweilige Regelung der VgV zurück. Weitere Einzelheiten zum Verfahren ergeben sich aus den veröffentlichten Vergabeunterlagen, insbesondere den Verfahrensbedingungen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75252000 Rettungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45216120 Bauarbeiten an Gebäuden für Not- und Rettungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Pampow

Postleitzahl: 19075

Land, Gliederung (NUTS): Ludwigslust-Parchim (DE800)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 115 477 257,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/23/EU

konzv gv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Vorzulegen sind: - eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123,124 GWB, 22 LkSG - für alle gesetzliche Vertreter und alle zur Führung der Geschäfte als bestellt benannte Personen ein Auszug aus dem Bundeszentralregister nicht älter als drei Monate bzw. Nachweis der Antragstellung - für alle im Angebot benannte Piloten eine Auskunft aus dem Verkehrszentralregister nicht älter als drei Monate. Ausgeschlossen werden Unternehmen, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nach den folgenden Tatbeständen rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und

Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Ein Unternehmen kann ausgeschlossen werden, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden, 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. Ein Unternehmen wird weiter ausgeschlossen werden, wenn das Unternehmen wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 24 Abs. 2 LkSG belegt wurde.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Vergabe einer Dienstleistungskonzession für die Durchführung der Luftrettung im 24-Stunden-Betrieb mittels eines Dual-Use-Hubschraubers an der Luftrettungsstation in Westmecklenburg

Beschreibung: Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist Träger der Luftrettung . Nach Überplanung der Luftrettungsstandorte unter Federführung des Ministeriums für Soziales,

Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern ist südlich der Landeshauptstadt Schwerin in der Gemeinde Pampow (Landkreis Ludwigslust-Parchim) ein Luftrettungsstandort mit einem sog. Dual-Use-Hubschrauber (nachfolgend „RTH“) im 24-Stunden-Betrieb zu errichten. Nach erfolgreichem Vergabeverfahren soll dem erstplatzierten Luftfahrtunternehmen die Konzession für die Errichtung und den Betrieb des Luftrettungsstandortes erteilt werden. Der Konzessionsgeber beabsichtigt die Konzession für den RTH für 20 Jahre (Betriebszeit) zu erteilen. Der Konzessionsgeber behält sich ausdrücklich vor, im Einklang mit seiner gesetzlichen Sicherstellungspflicht gemäß § 18 Abs. 2 RDG M-V entsprechend der Bedarfsentwicklung auch während der genannten Laufzeit weitere Konzessionen /Genehmigungen für Rettungs- und oder Intensivtransporthubschrauber zu erteilen. Versorgungsgebiet des RTH ist primär der westliche Teil des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit den Landkreisen Ludwigslust-Parchim, Nordwestmecklenburg und der Stadt Schwerin.

Interne Kennung: MV EU 9/2025

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75252000 Rettungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45216120 Bauarbeiten an Gebäuden für Not- und Rettungsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Pampow

Postleitzahl: 19075

Land, Gliederung (NUTS): Ludwigslust-Parchim (DE800)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 26/05/2026

Laufzeit: 20 Jahre

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 115 477 257,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Vorlage eines aktuellen Versicherungsnachweises für eine a) Halterhaftpflichtversicherung: Deckungshöhe gemäß gesetzlicher Mindestdeckung b)

Haftpflichtversicherung für Fluggastschäden: Mindestdeckungssumme 250.000

Sonderziehungsrechte c) Personen- und Betriebshaftpflichtversicherung: Mindestdeckung für Personenschäden 5 Mio Euro je Versicherungsfall, für Sachschäden 3 Mio Euro je Versicherungsfall, für Sachschäden 500.000 Euro je Versicherungsfall, insgesamt aber mindestens 10 Mio Euro d) Umwelthaftpflichtversicherung und Umweltschadenversicherung: Mindestdeckung 5 Mio Euro mind. zweifach maximiert pro Jahr

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Berufs- oder Handelsregisterauszug des Bieters nicht älter als drei Monate

Kriterium: Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Allgemeinerlaubnis des zuständigen Landesluftfahrtamtes - Betriebsgenehmigung des Luftfahrtbundesamtes für das Luftfahrtunternehmen - Luftverkehrsbetreiberzeugnis - Nachweis der Genehmigung zur Führung der Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Nachweis eines Unfallverhütungs- und Flugsicherheitsprogramms - Nachweis eines medizinischen Qualitätsmanagements - Nachweis eines betrieblichen Qualitätsmanagements

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen über mindestens zwei seit 01.01.2016 durchgeführte Aufträge zur Errichtung/Bau einer Luftrettungsstation

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - mindestens drei Referenzen für seit 01.01.2021 über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten durchgeführte Aufträge der Luftrettung zum Betrieb eines Rettungshubschrauber mit einem Einsatzaufkommen von mind. 1.000 Einsätzen pro Jahr; - Mindestens zwei Referenzen für seit 01.01.2021 über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten durchgeführte Aufträge der Luftrettung zum Betrieb eines Intensivtransporthubschrauber mit einem Einsatzaufkommen von mind. 100 Einsätzen pro Jahr; - mindestens zwei Referenzen für seit 01.01.2021 über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten durchgeführte Aufträge der Luftrettung zum Betrieb eines Dual-Use-Hubschraubers; - mindestens zwei Referenzen für seit 01.01.2021 über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten durchgeführte Aufträge der Luftrettung zum Betrieb eines Hubschraubers im 24h-Betrieb; - mindestens zwei Referenzen für seit 01.01.2021 über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten durchgeführte Aufträge zum Betrieb eines Luftrettungsstandortes als Landeplatzbetreiber; - mindestens zwei Referenzen für seit 01.01.2021 über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten durchgeführte Aufträge der Luftrettung zum Betrieb eines Hubschraubers in einem Flächenbundesland.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der fachlichen Eignung der zur Führung der Geschäfte bestellten Personen

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Der Konzessionsgeber wird den Zuschlag auf das Angebot erteilen, für das er einen wirtschaftlichen Gesamtvorteil ermittelt hat (§ 152 Abs. 3 S. 1 GWB). Dies beurteilt sich anhand der in der Bewertungsmatrix (Anlage 4 der Vergabeunterlagen) aufgeführten Bewertungskriterien.

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: siehe Anlage 4 - Bewertungsmatrix der Vergabeunterlagen

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 07/04/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0UMCSM>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0UMCSM>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 17/04/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: - Eigenerklärung Entlohnung und Abgaben - Verpflichtungen nach TVgG M-V - Eigenerklärung Sanktionen - Eigenerklärung zur Vertraulichkeit und zum Datenschutz - Schutzerklärung zur Technologie des L. Ron Hubbard

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber.

Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen eine Verletzung seiner Rechte durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften, ist der Verstoß innerhalb von 10 Kalendertagen gegenüber der Vergabestelle zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung

erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur

Angebotsabgabe gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB).

Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls bis zum

Ablauf der Angebotsfrist gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3

GWB). Teilt die Vergabestelle dem Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann der Bieter nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwidern einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die Vergabestelle. Die Unwirksamkeit gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt mbB

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt mbB

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt mbB

Organisation, die Angebote bearbeitet: Land Mecklenburg-Vorpommern, vertr. d.d. das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Land Mecklenburg-Vorpommern, vertr. d.d. das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport

Registrierungsnummer: Leitweg-ID 13-L90010000000-72

Abteilung: Abt. Gesundheit

Stadt: Schwerin

Postleitzahl: 19055

Land, Gliederung (NUTS): Schwerin, Kreisfreie Stadt (DE804)

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@sm.mv-regierung.de

Telefon: 0385-588 0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt mbB

Registrierungsnummer: UStIdNr: DE815371100

Postanschrift: Fasanenstr. 61

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10719

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabe@tcilaw.de

Telefon: 000

Internetadresse: <https://www.tcilaw.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern bei dem Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern

Registrierungsnummer: Leitweg-ID VKMV-13-L50010000000-78

Postanschrift: Johannes-Stelling-Straße 14

Stadt: Schwerin

Postleitzahl: 19053

Land, Gliederung (NUTS): Schwerin, Kreisfreie Stadt (DE804)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

Telefon: +49 385 5885160

Fax: +49 385 5884855817

Internetadresse: <http://www.regierung-mv.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

779abe0e-f819-444b-9058-338cd764cbbf-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Verlängerung der Angebotsfrist zur Berücksichtigung allfälliger feiertags- und urlaubsbedingter Abwesenheiten bei den Bietern

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Beschreibung der Änderungen: Verlängerung der Frist zur Abgabe der Angebote von bisher dem 17. April 2026, 09.00 Uhr auf den 4. Mai 2026, 23:59 Uhr

Änderung der Auftragsunterlagen am: 02/04/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 79226a35-3596-47ff-bdd4-6224a2e9b316 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 19

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/04/2026 15:18:47 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 265956-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 76/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/04/2026